

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung
des Finanzausschusses der Gemeinde Bönebüttel

am Montag, dem 10.09.2012

im Multifunktionsraum, Sickkamp 16, 24620 Bönebüttel

Beginn: 19:37 Uhr

Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Rüdiger Beyme

Gemeindevertreter

Herr Klaus Biß
Herr Jörg Christophersen
Herr Jürgen Meck
Frau Birgit Wriedt

Bürgerliche Mitglieder

Frau Stefanie Wisper
Herr Uwe Wurr

Außerdem Anwesend

Herr Herbert Böttcher
Herr Ernst Gawlich
Herr Klaus Gräff
Herr Olaf Lentföhr
Herr Thomas Müller
Herr Manfred Retzlaff
Herr Udo Runow
Herr Tammo Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Frank Knutzen

Entschuldigt:

Bürgerliche Mitglieder

Herr Jürgen Borrmann

Anwesend außerdem 1 Zuhörer sowie von der Presse Herr Ralf Seiler (Holsteinischer Courier)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung der Sitzung am 10.09.2012
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.05.2012
5. Information über die am 07.05.2012 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde
7. Mitteilungen
8. Überörtliche Prüfung der Gemeinde für die Haushaltsjahre 2007-2010 durch das Gemeinde- und Rechnungsprüfungsamt des Kreises Plön im Dezember 2011 - Kenntnisnahme
Anlage: Prüfungsbericht vom 04.07.2012
9. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Vermögenshaushalt 2012
- Umrüstung von Straßenleuchten
Anlage (wird als Tischvorlage nachgereicht)
10. Zuweisung / Unterbringung von Asylbewerbern
11. Verschiedenes (öffentlich)

1 .	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
-----	--

Herr Beyme eröffnet die Sitzung um 19:37 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt fehlt Herr Borrmann, der von Frau Wriedt vertreten wird.

2 .	Anträge zur Änderung der Tagesordnung der Sitzung am 10.09.2012
-----	---

Herr Beyme beantragt aufgrund aktueller Entwicklungen und der Dringlichkeit der Angelegenheit, im öffentlichen Teil der Sitzung einen neuen Tagesordnungspunkt 10 „Zuweisung / Unterbringung von Asylbewerbern“ aufzunehmen.

Beschlussfassung: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

Somit wird die Angelegenheit als neuer TOP 10 auf die Tagesordnung genommen; alle folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich hinsichtlich der Nummerierung insofern um eine Ziffer.

3 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Herr Beyme lässt darüber abstimmen, ob die Tagesordnungspunkte 12 neu (11 alt) bis 18 neu (17 alt), wie in der Einladung vorgesehen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen.

Beschluss: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

4 .	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.05.2012
-----	---

Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.05.2012 werden nicht erhoben; sie gilt somit als gebilligt.

5 .	Information über die am 07.05.2012 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Herr Beyme teilt mit, dass auf der Sitzung des Ausschusses am 07.05.2012 keine Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst wurden.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Ein Bürger bemängelt, dass einige vorgesehene Maßnahmen (u.a. Erneuerung der Straßenbeleuchtung, Sanierung des Wedelwegs oder der Straße zur Biogasanlage) trotz entsprechender Beschlüsse und guter Finanzlage bisher nicht umgesetzt wurden.

Aus dem Ausschuss heraus wird dazu Stellung bezogen. Dazu werden Rahmenbedingungen wie notwendige Preisumfragen oder Ausschreibungen genannt.

Frau Kummerfeldt fragt in diesem Zusammenhang nach dem Sachstand zum Bau der Skateanlage nach. Dazu wird mitgeteilt, dass die Baugenehmigung abgewartet werden muss.

7 .	Mitteilungen
-----	--------------

Es erfolgen keine Mitteilungen.

8 .	Überörtliche Prüfung der Gemeinde für die Haushaltsjahre 2007-2010 durch das Gemeinde- und Rechnungsprüfungsamt des Kreises Plön im Dezember 2011 - Kenntnisnahme Anlage: Prüfungsbericht vom 04.07.2012
-----	---

Herr Beyme erläutert den grundsätzlichen Hintergrund und den von der Verwaltung beabsichtigten Zeitplan und Ablauf für die notwendige Stellungnahme der Gemeinde.

Konkrete Nachfragen zu einzelnen Prüfungsanmerkungen können mit dem Hinweis auf die noch zu erarbeitende Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Herr Böttcher erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Kirche ihre Jahresbilanz für den Kindergarten für 2011 noch nicht vorgelegt habe. Die Verwaltung wird gebeten, sich darum zu kümmern.

Außerdem wird eine grundsätzliche Nachfrage von Frau Kummerfeldt zu den Hebesätzen der Realsteuern von der Verwaltung beantwortet.

9 .	Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Vermögenshaushalt 2012 - Umrüstung von Straßenleuchten Anlage (wird als Tischvorlage nachgereicht)
-----	---

Herr Beyme verliest die Begründung der Vorlage und erläutert, warum ein Teil der Leuchten bereits jetzt und nicht erst -wie geplant- mit einer umfangreichen Maßnahme im Jahr 2013 ausgetauscht werden sollte.

Es ergibt sich eine Diskussion darüber, ob dies nicht eventuell zu Ungleichbehandlungen und damit zu Unmut bei der Anliegern führen könnte, da in absehbarer Zeit voraussichtlich mit einer Wiedereinführung der Verpflichtung zu Ausbaubeiträgen und damit zu einer Kostenbeteiligung der Anlieger zu rechnen sei. Davon wären die vom jetzigen Austausch betroffenen Anlieger befreit, während alle anderen im Jahr 2013 über eine von der Gemeinde dann zu erlassene Ausbaubeitragsatzung an den Kosten der Umrüstung zu beteiligen wären.

Schließlich setzt sich die Einschätzung durch, dass die Verpflichtung zur Erhebung von Ausbaubeiträgen wohl nicht so schnell erfolgen wird. Daher könnte die gemäß Vorlage vorgesehene teilweise Umrüstung der Leuchten (Kosten vermutlich ca. 35.000,- Euro ohne Möglichkeit einer Bezuschussung durch Dritte) jetzt erfolgen, während die „große Aktion“ (Kostenpunkt ca. 200.000,- Euro abzüglich möglicher Zuschüsse) so früh wie möglich im Jahr 2013 erfolgen soll. Auf ihrer Dezember-Sitzung sollte die Gemeindevertretung daher die dafür notwendigen Maßnahmen beschließen. Außerdem sollte der Bau- und Wegeausschuss sich schnellstmöglich für einen Lampentyp entscheiden.

Aufgrund der Äußerung von Herrn Meck, den Austausch der Leuchten in 2013 nötigenfalls auch dann ohne Beteiligung der Anlieger durchzuführen, wenn es bereits wieder eine Verpflichtung zur Erhebung von Ausbaubeiträgen geben sollte und dann im Zweifel später einmal eine Rüge des Gemeinde- und Prüfungsamtes zu erhalten, warnt Bürgermeister Runow vor einem derartigen Vorgehen. Es ist dann nicht mit einer Rüge getan, sondern die Gemeindevertreter/innen würden sich bei einem solchen Vorgehen persönlich strafbar machen.

(Hinweis des Protokollführers: § 266 Abs. 1 StGB: Wer die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen oder einen anderen zu verpflichten, missbraucht oder die ihm kraft Gesetzes, behördlichen Auftrags, Rechtsgeschäfts oder eines Treueverhältnisses obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.)

Schließlich lässt Herr Beyme über die Vorlage abstimmen, mit der der Gemeindevertretung empfohlen wird, 35.000,- Euro überplanmäßig für einen Teilaustausch der Leuchten vor dem Winter 2012 vornehmen zu lassen.

Beschlussfassung: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

10 .	Zuweisung / Unterbringung von Asylbewerbern
------	---

Herr Beyme erläutert die kurzfristige Entwicklung des Sachverhalts

Bürgermeister Runow ergänzt die Ausführungen um den aktuellen Stand der Dinge und weist einerseits auf die Verpflichtung zur Unterbringung, andererseits aber auch auf die gesellschaftliche Verantwortung hin.

Für die Unterbringung kommen zwei Möglichkeiten in Betracht: ein Angebot eines privaten Vermieters in der Gemeinde oder die Notwendigkeit einer Unterbringung in öffentlichem – sprich gemeindlichem– Eigentum.

Ob eine Unterbringung zugewiesener Personen ersatz- und „vertretungsweise“ auch in einer Nachbargemeinde möglich wäre, wird auf Nachfrage durch den Protokollführer als vermutlich nicht möglich beurteilt, mit dem zuständigen Fachdienst aber noch endgültig abgeklärt.

Hinweis des Protokollführers: Klärung am 13.09.2012 ergab, dass die Möglichkeit tatsächlich nicht besteht.

Grundsätzlich –und das ergibt auch die sich anschließende Diskussion– wäre die Nutzung der Dachgeschosswohnung in der Grundschule Bönebüttel aber durchaus vorstellbar.

Da diese aber im Zusammenhang mit der vorgesehenen energetischen Gesamtanierung des Gebäudes nicht ausgeklammert werden kann, wäre sie zumindest zum jetzigen Zeitpunkt und in ihrem jetzigen Zustand für eine Vermietung nicht geeignet.

Es müsste also eine Zwischenlösung gefunden werden, bis der Umbau / die Sanierung abgeschlossen ist. Eine wie auch immer geartete eher notdürftige Herrichtung der Wohnung (z.B. Trittschall, Teppich, Tapezieren) wird als nicht sinnvoll erachtet.

Herr Müller und Herr Böttcher regen an, der Bürgermeister könne beim neuen Eigentümer der ehemaligen Gaststätte „Husberger Hof“ abklären, ob seinerseits ein Interesse an einer –ggf. zeitlich befristeten– Vermietung der Wohnung des ehemaligen Pächter-Ehepaares besteht.

Dieser Vorschlag findet Zustimmung im Ausschuss und bei den anwesenden Gemeindevertretern.

Bürgermeister Runow und Herr Beyme weisen darauf hin, dass in absehbarer Zeit ein unmittelbarer und dann sehr kurzfristiger Handlungsbedarf besteht.

Bürgermeister Runow wird daher unverzüglich sowohl Verbindung mit dem neuen Eigentümer der ehemaligen Gaststätte aufnehmen als ggf. auch anderweitig versuchen, privaten Wohnraum zu generieren.

Dazu wird auch der anwesende Pressevertreter gebeten, entsprechend zu berichten.

11 .	Verschiedenes (öffentlich)
------	----------------------------

Bürgermeister Runow erklärt auf Nachfrage von Herrn Zimmermann zum Sachstand zu der von den SWN im Zusammenhang mit den Vertragsabschlüssen zur Breitbandversorgung zugesagten gemeinsamen „Anbagger-Party“ für die Gemeinden Tasdorf, Großharrie und Bönebüttel, dass er in einem ersten Gespräch erfahren habe, dass die dafür notwendige Anschluss-Quote nicht erreicht wurde. Herr Runow wird aber noch einmal nachhaken.

gez. Rüdiger Beyme

(Vorsitzender)

gez. Frank Knutzen

(Protokollführer)